

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Detlef Parr, Dr. Dieter Thomae, Dr. Irmgard  
Schwaetzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 14/9099 –**

### **Für ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Versorgung bei Brustkrebs**

#### **A. Problem**

Brustkrebs ist derzeit die häufigste Todesursache bei Frauen. Brustkrebs-Früherkennung stellt daher die wesentliche Möglichkeit dar, die Heilungschancen der Frauen unter Bewahrung ihrer Lebensqualität zu verbessern. Jedoch besteht im Bereich der Früherkennung ein eklatantes Maß an Fehl- und Unterversorgung. Nach Schätzungen werden aktuell rund 3 bis 4 Millionen Mammographien jährlich durchgeführt. Dieses so genannte „graue Screening“ entspricht in aller Regel weder den personellen noch den apparativen Qualitätsanforderungen wie sie durch anerkannte europäischen Leitlinien vorgegeben werden. Es fehlen Regeln über Einschlusskriterien, Intervalllänge oder Art der Beurteilung. In der Folge kommt es zu Fehldiagnosen und psychischen bzw. organischen Belastungen der betroffenen Frauen.

Eine effiziente Brustkrebs-Früherkennung gehört zu den vorrangigen Gesundheitszielen hinsichtlich der medizinischen Versorgung von Frauen. Neben der Senkung der Brustkrebssterblichkeit müssen Selbstbestimmung und Lebensqualität der Frauen einen entsprechenden Stellenwert im Rahmen der sekundären Prävention erhalten, indem an die Stelle des isolierten Screenings der weiblichen Brust ein qualitätsorientiertes, fachübergreifendes Gesamtkonzept tritt. Dieses schließt als Diagnosekette neben der Mammographie eine Reihe diagnostischer Maßnahmen wie die Selbstuntersuchung, den ärztlichen Tastbefund, im Einzelfall zusätzliche apparative Diagnosen, operative Abklärungen und feingewebliche Untersuchungen ein. Es muss eine enge Verzahnung und Kooperation zwischen stationärem und ambularem Bereich bei Früherkennung, Therapie und Nachsorge garantiert werden, wobei die vorhandenen Versorgungsstrukturen überprüft und genutzt werden müssen. Zudem muss der Aufbau von flächendeckenden, repräsentativen Krebsregistern durch die Länder vorangetrieben werden, um epidemiologische Daten sammeln, dokumentieren und für epidemiologische Forschung bereitstellen zu können.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 14/9099 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2002

### **Der Ausschuss für Gesundheit**

**Klaus Kirschner**  
Vorsitzender

**Helga Kühn-Mengel**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Helga Kühn-Mengel

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 246. Sitzung am 28. Juni 2002 den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 14/9099 in 1. Lesung beraten und dem Ausschuss für Gesundheit zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In Deutschland sterben jährlich 19 000 Frauen an Brustkrebs. Die Brustkrebs-Früherkennung stellt die wesentliche Möglichkeit dar, die Heilungschancen der betroffenen Frauen zu verbessern. Jedoch besteht derzeit in diesem Bereich ein eklatantes Maß an Fehlversorgung, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass die Versorgung nicht den Qualitätsanforderungen entspricht, die die europäischen Leitlinien vorgeben. Daher fordert die Fraktion der FDP, dass an die Stelle des so genannten „grauen Screenings“ ein qualitätsorientiertes, fachübergreifendes Gesamtkonzept im Wege einer Diagnosekette von Mammographie, ärztlichem Tastbefund und im Einzelfall zusätzlicher apparativer und operativer Diagnostik tritt, wodurch gleichzeitig die Lebensqualität der betroffenen Frauen gesichert wird. Zudem ist der Aufbau eines flächendeckenden, repräsentativen Krebsregisters durch die Länder notwendig, um die epidemiologische Forschung voranzutreiben.

### III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 98. Sitzung am 3. Juli 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen, den Antrag auf Drucksache 14/9099 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 154. Sitzung am 3. Juli 2002 die Beratung aufgenommen; in dieser Sitzung erfolgte auch der Abschluss der Beratung.

Die Mitglieder der **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hoben hervor, dass der vorliegende Antrag inhaltlich hinter dem der Koalition auf Drucksache 14/6453 weit zurück bleibe. Er stelle kein Gesamtkonzept dar, das die Bedürfnisse der betroffenen Frauen ausreichend berücksichtige. Vor allem lasse er das Problem der Überversorgung außer Acht, welches differenziert dargestellt werden müsse, um einer Irreführung der Frauen entgegenzuwirken.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** stellten klar, dass sie flächendeckende, qualitätsfördernde und fachübergreifende Strukturen für notwendig erachteten. Hierfür müssten die vorhandenen Versorgungsstrukturen genutzt werden. Weiterhin müssten über die europäischen Leitlinien hinaus alle neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse Berücksichtigung finden.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** legten dar, dass der Unterschied zu dem Antrag der Koalition in der Bewertung einzelner Maßnahmen liege, z. B. sehe der vorliegende Antrag im Gegensatz zu der Fokussierung auf das Mammographie-Screening die Garantie einer Diagnosekette vor.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** wiesen darauf hin, dass der Antrag inhaltlich gute Ansätze biete, sie ihn jedoch für eine unvollständige Neufassung des entsprechenden Antrags der Koalition hielten.

Als Ergebnis der Beratungen hat der Ausschuss für Gesundheit den Antrag auf Drucksache 14/9099 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS abgelehnt.

Berlin, den 3. Juli 2002

**Helga Kühn-Mengel**  
Berichterstatlerin